

A) ECKPUNKTE DES PROGRAMMS 2019-2014

1. Ein Europäischer Grüner Deal

- Europa als erster klimaneutraler Kontinent
- Europäischer Grüner Deal in den ersten 100 Tagen
- Reduktion der CO₂ Emissionen bis 2030 um 50-55%
- Europäisches Klimagesetz: Klimaneutralität bis 2050
- CO₂-Emissionen mit Kosten verbinden: Beitrag aller BürgerInnen und Sektoren
- Ausweitung des Emissionshandelssystems
- CO₂-Grenzsteuer zur Vermeidung von Emissionsverlagerungen
- Fonds für fairen Übergang für stark betroffene Menschen und Regionen
- Grüner Investitionsplan: 1 Billion Euro in 10 Jahren (öffentlich und privat)

2. Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht

- KMU-Strategie zur Wachstumsfinanzierung innovativer Unternehmen
 - Vollendung der Kapitalmarktunion: Öffentlich-privater Fonds für KMU-Börsengänge
- Wirtschafts- und Währungsunion:

- Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion
- Eurozonen-Budget für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit: Unterstützung bei Reformen für mehr Wachstum und Investitionen
- Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in vollem Umfang nützen
- Vollendung der Bankenunion mit gemeinsamer Letztsicherung und europäischem Einlagenversicherungssystem
- Europäisches Semester soll nach Nachhaltigkeitszielen der UNO ausgerichtet werden

Sozialpolitik:

- Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte
- Rechtsinstrument für gerechten Mindestlohn in ersten 100 Tagen (nationalspezifisch)
- Bekenntnis zu sozialem Dialog
- Überprüfung der Arbeitsbedingungen auf online Plattformen
- Europäische Arbeitslosenversicherung
- Kampf gegen Armut: Umsetzung Europäischer Kindergarantie (Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung)
- Vollständige Umsetzung der Richtlinie zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Jugendgarantie als dauerhaftes Instrument zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit
- Vorschlag neuer Antidiskriminierungsrechtsakte
- Neue europäische Gleichstellungsstrategie (Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
- Verbindliche Lohntransparenzmaßnahmen in ersten 100 Tagen
- Frauenquoten in Leitungsorganen von Unternehmen
- Geschlechterausgewogene Zusammensetzung der EU-Kommission
- Gewalt gegen Frauen in die im Vertrag festgelegte Liste für Straftaten aufnehmen

Steuerpolitik:

- Steuerunterbietungswettbewerb verhindern & Kampf gegen Steuerbetrug
- Reform der Körperschaftssteuersysteme: Globalisierung und Digitalisierung berücksichtigen
- Gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage umsetzen
- Besteuerung großer Technologiekonzerne prioritär

- Einführung einer europäischen Digitalsteuer, falls bis 2020 keine weltweite Lösung gefunden wurde

3. Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist

- Gemeinsame Normen für neue Informations-, Datenaustausch- und Datennutzungssysteme
- Europäisches Konzept für menschliche und ethnische Aspekte künstlicher Intelligenz: Rechtsvorschrift in ersten 100 Tagen
- Vollendung des digitalen Binnenmarktes: Gesetz für bessere Haftungs- und Sicherheitsvorschriften digitaler Plattformen
- Europäischer Bildungsraum bis 2025: Bildungskultur des lebenslangen Lernens

4. Schützen, was Europa ausmacht

- Ergänzender Mechanismus zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit
- Rechtsstaatlichkeit als integraler Bestandteil des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens
- Neuer Integrations- und Asylpakt: Reform der Dublin-Asylregelung
- Stärkung von FRONTEX: 10 000 BeamtInnen bis 2024
- Humanitäre Korridore
- Tragfähigerer Rahmen für Such- und Rettungseinsätze
- Mehr Befugnisse für Europäische Staatsanwaltschaft

5. Ein stärkeres Europa in der Welt

- Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland finalisieren
- Vorläufige Anwendung von Handelsabkommen nur mit Zustimmung des EU-Parlaments
- Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung: Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutz vorgesehen
- Ernennung Handelsbeauftragte/R
- Umfassende Strategie für Afrika
- Europäische Perspektive des Westbalkans stärken
- Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien aufnehmen
- Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Fragen beenden
- NATO als Eckpfeiler der gemeinsamen Verteidigung
- Europäische Verteidigungsunion umsetzen: Verteidigungsfonds aufstocken
- Integriertes und umfassendes Sicherheitskonzept

6. Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

- BürgerInnenkonferenz zur Zukunft Europas: Gesetzgeberische Maßnahmen sowie Vertragsänderungen denkbar
- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Einstimmigkeitsprinzip bei Klima-, Energie-, Sozial- und Steuerpolitik beenden
- Verbesserung des Spitzenkandidatensystems und länderübergreifenden Listen
- Mehr Transparenz bei Rechtssetzungsverfahren
- Schutz vor äußerer Einflussnahme (Wahlbeeinflussung)
- Desinformation und Hetze im Internet bekämpfen
- Europäischer Aktionsplan für Demokratie: Transparenz bei bezahlter politischer Werbung und Vorschriften zur Parteienfinanzierung

B) GEWERKSCHAFTLICHE EINSCHÄTZUNG

Die konservative deutsche Politikerin Ursula von der Leyen wurde am 16. Juli nach Vorschlag durch die Staats- und Regierungschefs mit knapper Mehrheit vom Europäischen Parlament zur neuen EU-Kommissionspräsidentin gewählt. Die Staats- und Regierungschefs haben sich jedoch in einem intransparenten Kompromiss auf ein Personalpaket mit von der Leyen, die nicht einmal für das Europäische Parlament kandidiert hatte, an der Spitze geeinigt und damit dem Spitzenkandidaten-System eine klare Absage erteilt. Ein herber **Rückschlag für die europäische Demokratie**.

Um sich im Vorfeld ihrer Wahl durch das Europäische Parlament die Unterstützung von möglichst vielen Abgeordneten aus unterschiedlichsten Fraktionen zu sichern, hat von der Leyen versucht, sich inhaltlich breit aufzustellen. Im Zuge des **Verhandlungsprozesses** ist es daher auch gelungen, einige wichtige **sozialpolitische Forderungen** wie den Mindestlohn oder die Arbeitslosenrückversicherung in ihrem Programm zu verankern.

Dennoch steht ihre Agenda für die Kommissionspräsidentschaft für eine **Fortsetzung konservativer und neoliberaler Politik auf europäischer Ebene**. Viele der ambitionierteren Ansätze (z.B. in der Steuerpolitik) lassen **konkrete Umsetzungsvorschläge vermissen**. Es ist insofern offen, was in der nächsten Periode wie umgesetzt wird. Für die **Gewerkschaftsbewegung** heißt das, dass sie sich intensiv in die Gesetzgebungsprozesse einbringen muss, um sozialpolitische Erfolge zu erreichen und dem Trend zu einem Europa der Konzerne etwas entgegenzusetzen.

Klimapolitik ist auch eine soziale Frage

Angesichts der Tatsache, dass vor allem **große Konzerne** und besonders vermögende Menschen einen ungleich hohen Anteil am **CO₂-Ausstoß** haben, fehlt im Programm das klare Bekenntnis, diese bei Maßnahmen zur CO₂-Reduktion **stärker in die Verantwortung** zu nehmen. Der Vorschlag eines Fonds „für einen fairen Übergang“ bei der Bekämpfung des Klimawandels ist zwar grundsätzlich begrüßenswert, hier **fehlt jedoch die sozialpolitische Dimension**. Beschäftigte, die von Maßnahmen zur CO₂-Reduktion betroffen sind, müssen in Form einer „just transition“-Agenda die Chance haben, den Übergang zu einem klimaneutralen Leben unter sozialen Gesichtspunkten vollziehen zu können.

Klassisch neoliberale Wirtschaftspolitik

Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) sollen durch einen öffentlich-privaten Fonds leichter Zugang zu **Finanzierungsquellen** erhalten. Anstelle traditioneller Unternehmensfinanzierungen durch Bankkredite sollen KMUs dabei eher durch kapitalmarktbasierende Quellen, die **risikobehaftet** sind, finanziert werden. Eine Stärkung der europäischen Wirtschaft durch **nachfrageorientierte Maßnahmen** wie etwa die Einführung einer „**Goldenen Investitionsregel**“, die mehr Spielraum bei öffentlichen Investitionen ermöglichen würde, **fehlt** hingegen.

Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion unter falschen Vorzeichen

Dass Teile eines neu zu schaffenden **Eurozonenbudgets** und die **Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspaktes** für Investitionen genutzt werden sollen, ist positiv zu bewerten. Gleichzeitig sollen Mittel aus dem Eurozonenbudget aber auch die Umsetzung von **Reformvorschlägen der EU-Kommission** in den Mitgliedstaaten unterstützen. Diese waren in der Vergangenheit geprägt von einer **neoliberalen Agenda**, die beispielsweise Einschnitte beim Pensionssystem oder die Lockerungen beim Kündigungsschutz vorsahen.

Eine Vollendung der Bankenunion, die durch eine gemeinsame Letztsicherung und ein europäisches Einlagenversicherungssystem, angestrebt werden soll, kann aus gewerkschaftlicher Sicht nur dann Unterstützung finden, wenn damit auch eine **umfassende Regulierung der Finanzmärkte**, eine Bankenstrukturreform sowie die Regulierung von Schattenbanken einhergeht. Davon ist im Programm allerdings keine Rede.

Mindestlohn und Arbeitslosenrückversicherung

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion ist der Vorschlag zur Einrichtung einer Stabilisierungsfunktion für die Eurozone entstanden. Diese soll es Mitgliedstaaten ermöglichen, in Zukunft besser auf Konjunkturschwankungen zu reagieren. Ursula von der Leyen hat diese Idee in ihrem Programm aufgegriffen und die Schaffung einer europäischen **Arbeitslosenrückversicherung als Ergänzung zu den nationalen Arbeitslosenversicherungssystemen** in Aussicht gestellt. Dafür wäre aber eine bessere soziale Absicherung durch die Einführung von **Mindeststandards bei nationalen Arbeitslosenversicherungen** Voraussetzung. Von einem solchen Aufwärtstrend ist im Programm jedoch keine Rede.

Die Ankündigung, allen Beschäftigten in der EU einen gerechten **Mindestlohn** garantieren zu wollen, ist notwendig und richtig. Solche Lohnuntergrenzen müssen aber unter Einhaltung der **nationalen Systeme der Lohnfindung** (gesetzlich oder über Kollektivvertrag) festgesetzt werden und ausreichend hoch sein. Ziel muss es sein, **rechtliche Rahmenbedingungen für funktionierende nationale KV-Systeme auf Branchenebene** in allen Mitgliedsstaaten zu schaffen.

Wenig Ambitionen bei der Steuergerechtigkeit

Der schädliche Steuerunterbietungswettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten wird zwar thematisiert, die erforderlichen Schlussfolgerungen, wie eine europaweite Anhebung der **Bemessungsgrundlagen** sowie die **Einführung von Mindeststeuersätzen** auf Gewinne, werden daraus aber nicht gezogen. Der Kampf gegen **Steuerbetrug** wird lediglich angekündigt. **Konkrete Maßnahmen** z.B. zur Schließung von Steueroasen in der EU sind im Programm nicht zu finden.

Auch die Notwendigkeit der **gerechten Besteuerung von Digital- und Technologieunternehmen** wird zwar erkannt, Vorschläge zur Ausgestaltung dieser, wie die Einführung einer **digitalen Betriebsstätte** im europäischen Steuerrecht, fehlen jedoch gänzlich. Eher **zaghaf**t wird das **Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerthemen im Rat in Frage gestellt**, hier bedarf es jedenfalls einer konsequenteren Vorgehensweise. Begrüßenswert hingegen ist der Wille zur Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage.

Keine Mitbestimmungsrechte bei Digitalisierungsprozesse

Die Auswirkungen der Digitalisierung auf Arbeitsmärkte und Arbeitsplätze werden kaum thematisiert. Das Bekenntnis zu **lebenslangem Lernen** ist zwar richtig, ohne dementsprechenden Rechtsanspruch darauf jedoch zahnlos. **Garantierte Mitbestimmungsrechte** für Beschäftigte und deren Vertretungen insgesamt, aber im Speziellen bei **betrieblichen Digitalisierungsprozessen** müssen gewährleistet sein, um Veränderungen im Sinne der ArbeitnehmerInnen gestalten zu können.

Keine Schubumkehr bei Handelsabkommen

An den Zielen und Inhalten der **europäischen Handelspolitik**, die auf Liberalisierung, Deregulierung sowie preisliche Wettbewerbsfähigkeit abzielt, wird sich auch unter Kommissionspräsidentin von der Leyen kaum etwas verändern. Lediglich kosmetische Korrekturen, was die Anwendung der Abkommen und die Transparenz während den Verhandlungen betrifft, soll es geben. Ein **Durchsetzungsmechanismus**, der die im Nachhaltigkeitskapitel festgeschriebenen Arbeits- und Umweltstandards verbindlich machen würde, ist nicht vorgesehen.

Stärkung des Europäischen Parlaments

Eine im Programm vorgesehene Aufwertung des Europäischen Parlaments, insbesondere was das **Initiativrecht für Gesetzesvorschläge** anbelangt, ist aus gewerkschaftlicher Sicht unterstützenswert. Der Vorschlag nach einer Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in diversen Ratsformationen wird die EU insgesamt handlungsfähiger machen. **Blockaden einzelner Mitgliedstaaten**, die vor allem die Sozial- und Steuerpolitik betreffen, könnten dadurch aufgelöst werden.